

Kritikos, Alexander S.

Article

Argentinien ist kein Vorbild

DIW Wochenbericht

Provided in Cooperation with:

German Institute for Economic Research (DIW Berlin)

Suggested Citation: Kritikos, Alexander S. (2015) : Argentinien ist kein Vorbild, DIW Wochenbericht, ISSN 1860-8787, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, Vol. 82, Iss. 13, pp. 320-

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/108872>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Prof. Dr. Alexander Kritikos ist Forschungsdirektor am DIW Berlin. Der Beitrag gibt die Meinung des Autors wieder.

Argentinien ist kein Vorbild

In Sachen Griechenland hört man häufiger von der sogenannten Ballasttheorie, wonach ein Grexit Griechenland ebenso wie die im Euroraum verbleibenden Länder entlasten würde. Dann wird auf Argentinien verwiesen, wie gut es denen getan hätte, als sie die Wechselkursbindung ihrer Währung im Jahr 2002 aufgaben. Ausgerechnet Argentinien! Dieses Land ist ein Beispiel dafür, wie man es *nicht* machen sollte. Nach dem Staatsbankrott im Jahr 2001 gab es keinerlei Reformdruck mehr, ist das Land wieder in den Staatsdirigismus eingetaucht und nun – 14 Jahre später – ist es schon wieder passiert: die nächste Pleite. Das soll Griechenland als Vorbild dienen?

Die Eurozone ist ein Zusammenschluss innovativer Nationen. Aus diesem Blickwinkel heraus ist Griechenland ökonomisch zu schlecht aufgestellt, um seinen Verbleib in *unverändertem* Zustand im Euroraum zu rechtfertigen. Und gleichzeitig ist es zu gut, um die Eurozone zu verlassen. Anders gesagt: Griechenland verfügt über hochproduktive Ressourcen, die einen Verbleib im Euroraum gut begründen würden. Aber seine institutionellen Rahmenbedingungen erschweren die wirtschaftliche Entfaltung dieser Ressourcen.

Es ist nicht einfach Überregulierung. Es ist auch in Griechenland Staatsdirigismus! Die Regelung jedweder wirtschaftlicher Aktivität mit unzähligen, sich häufig widersprechenden Vorschriften in Kombination mit der Willkür der Beamten bei deren Anwendung. So steht Griechenland seit fünf Jahren an einer Weggabelung. Modernisierer, die – vom europäischen Gedanken geleitet – Griechenland als starkes Mitglied in der Euro-Zone sehen wollen, gegen Traditionalisten, die anti-europäische Positionen vertreten und Griechenland zum dauerhaften Bittsteller in der Eurozone machen oder sich ganz vom modernen Europa abwenden wollen.

Manche Modernisierer waren als Minister tätig und haben sich in den Kampf mit dieser Hydra der Vorschriften begeben. Es ist ihnen gelungen, vereinzelte Reformen durchzuführen – der große Wurf blieb ihnen aber versagt. Warum?

Ganz einfach. Der Rest der letzten Regierungen samt ihrem Ministerpräsidenten hat ihnen die Unterstützung versagt. Vielmehr schickten sie die Minister in die Wüste; sie waren „zu ambitioniert“. Und der schlimmste Vorwurf: „Sie waren der Troika zu nahe.“

Das Land braucht in Zukunft vor allem weniger statt weiterer Vorschriften. Es ist die private Wirtschaft in Griechenland, die die viel zitierte Luft zum Atmen benötigt, damit dieser permanente Exodus der Top-Forscher und herausragenden Unternehmer aus Griechenland endet. Und die griechische Regierung selbst hat es in der Hand, ihren privaten Kräften durch Wirtschaftsreformen die Luft zum Atmen zu geben. Gäbe es Bereitschaft zur Beendigung des Staatsdirigismus, hätte Griechenland einen berechtigten Platz im Euroraum. Aber auch die aktuelle griechische Regierung ist ihm wieder verfallen. So fällt der Eurogruppe der wichtigste Part zu. Sie kann Griechenland zur Einsicht bewegen, genau diesen Staatsdirigismus aufzugeben. Das muss sie geschickter machen als die Troika in der Vergangenheit.

Die griechische Regierung hat es dann selbst in der Hand, den notwendigen Reformprozess anzugehen. Aber es wird auch Zeit für eine explizite Vereinbarung zwischen Griechenland und seinen Gläubigern, mit zwei Optionen. Option 1: Die griechische Regierung setzt eine gemeinsam vereinbarte Liste von Wirtschafts- und Strukturreformen um, sodass Griechenland zu einem vollständig integrierten Mitglied eines wirtschaftlich starken Euroraums werden kann. Option 2: Bleibt auch diese Regierung die Reformen schuldig, sind sich alle einig, dass Griechenland die Eurozone verlässt. Ein Ausscheiden in gegenseitigem Einverständnis hätte dann auch keine Dominoeffekte zur Folge.

Nun hat Griechenland noch genau zwei Wochen Zeit, bis das Geld alle ist. Zeit genug für ein erstes Signal hin zu Reformen. Wenn in diesen zwei Wochen wieder kein glaubwürdiger Schritt erfolgt, nähert sich das Land seiner letzten Ausfahrt ...



DIW Berlin – Deutsches Institut
für Wirtschaftsforschung e.V.
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin
T +49 30 897 89 -0
F +49 30 897 89 -200
82. Jahrgang

Herausgeber

Prof. Dr. Pio Baake
Prof. Dr. Tomaso Duso
Dr. Ferdinand Fichtner
Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.
Prof. Dr. Peter Haan
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Dr. Kati Krähnert
Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.
Prof. Dr. Jürgen Schupp
Prof. Dr. C. Katharina Spieß
Prof. Dr. Gert G. Wagner

Chefredaktion

Sabine Fiedler
Dr. Kurt Geppert

Redaktion

Renate Bogdanovic
Andreas Harasser
Sebastian Kollmann
Dr. Claudia Lambert
Marie Kristin Marten
Dr. Wolf-Peter Schill

Lektorat

Dr. Ferdinand Fichtner

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49-30-89789-249
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 74
77649 Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. (01806) 14 00 50 25
20 Cent pro Anruf
ISSN 0012-1304

Gestaltung

Edenspiekermann

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –
auch auszugsweise – nur mit Quellen-
angabe und unter Zusendung eines
Belegexemplars an die Serviceabteilung
Kommunikation des DIW Berlin
(kundenservice@diw.de) zulässig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.